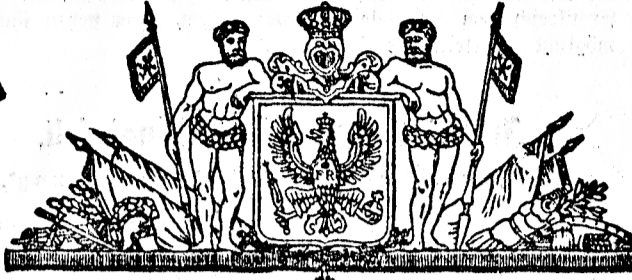


Vossische



Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Vorlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postscheckkonto Berlin 600

Völkerbund und Oberschlesien

Die Folgen der Verzögerung.

Der Beschluß des Obersten Rates, in der oberschlesischen Frage vorläufig keinen Beschluß zu fassen, sondern den Völkerbund um ein Gutachten anzugehen (an das er bei der schließlichen Entscheidung sich wird gebunden fühlen müssen), hat für Deutschland auch eine Schattenseite. Er verzögert den Spruch über Oberschlesien um mehrere Wochen, verlängert die Nervenprobe, auf die nicht nur die Bewohner des Abstimmungsgebietes, sondern auch das ganze Deutsche Reich seit zwei Jahren gestellt ist. Die Mahnung des Obersten Rates an die deutsche Regierung und an das deutsche Volk, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, war überflüssig. Das deutsche Volk hat vor und seit der Abstimmung ein bewundernswürdiges Beispiel von Selbstdisziplin gegeben, und die deutschen Oberschlesier haben zu den Waffen nur gegriffen in der Selbstwehr gegen polnische Plünderer, polnische Aufstände, die inszeniert worden waren, um das Ergebnis der Abstimmung durch das Argument der Gewalt zu korrigieren. In maßgebenden Kreisen der Regierung besteht das Vertrauen, daß auch jetzt das deutsche Volk die Disziplin wahren wird.

Freilich darf nicht verkannt werden, wie schwer die Ungebuld zu zügeln sein wird. Die oberschlesische Frage greift so stark nicht nur in das politische, sondern auch in das wirtschaftliche Leben Deutschlands ein, daß jede Verlängerung der Frist bis zur Entscheidung — und handle es sich auch nur um Tage — von schwerer Bedeutung ist. Am 6. September soll der deutsche Reichstag wieder zusammentreten, und auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien steht die erste Lesung der Steuervorlagen, die zum Teil schon ausgearbeitet sind, dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorliegen, zum Teil noch im Stadium der Vorbereitung sich befinden. Als vor Beginn der Reichstagsferien diese Tagesordnung festgesetzt wurde, glaubte man, das Schicksal Oberschlesiens werde bis dahin glänzend entschieden sein. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen.

Der Reichstag wird vor der Entscheidung über Oberschlesien zusammentreten, aber er wird sich, wenn der Termin vom 6. September eingehalten wird, andere Aufgaben suchen müssen. Es ist nicht möglich, daß er in die Beratung des Steuerprogramms eintritt, solange er über das Schicksal Oberschlesiens nicht Gewißheit hat. Das Industriegebiet ist ein zu großer und wichtiger Faktor bei der Bemessung der Finanz- und Steuerkraft des Reiches. Man kann ihn nicht umgehen, man muß ihn sicher in die Rechnung einstellen können, ehe man zu einem Urteil darüber gelangt, wie hoch die steuerliche Tragfähigkeit Deutschlands ist. Es muß deshalb, so bedauerlich das ist, damit gerechnet werden, daß durch die Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien auch die Verabschiedung der Steuervorlagen hinausgeschoben wird, die sehr dringlich ist.

Abgesehen von diesem Moment aber, das den unlöslichen Zusammenhang zwischen der oberschlesischen und den wichtigsten Fragen des Gesamtreiches unterstreicht, wird von deutscher Seite gegen die Anrufung des Völkerbundes keine Einwendung erhoben. Sie ist damit eigentlich vor das zuständige Forum gebracht worden, zwar nicht dem Buchstaben des Friedensvertrages nach, der die Entscheidung den im Obersten Rat vertretenen Mächten vorbehält, aber ihrer Bedeutung nach. Die oberschlesische Frage hat mehrere Phasen ihrer Bewertung durchgemacht. Sie ist unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages als eine mehr lokale, rein deutsche oder wenn man will deutsch-polnische Frage angesehen worden. Europa, außer den direkt interessierten Mächten, nahm wenig Anteil an dem Schicksal Oberschlesiens und interessierte sich kaum dafür, ob dieser Gebietsstreifen an der Ostgrenze des Reiches bei Deutschland bleiben oder Polen zufallen würde. Allmählich aber ist aus Oberschlesien eine europäische Frage geworden, nicht Objekt, aber Symbol rivalisierender gesamteuropäischer Interessen der beiden zurzeit stärksten Mächte in Europa. Auf der Pariser Konferenz ist die Frage der Zuteilung Oberschlesiens — so viel auch von Recht und Billigkeit, von Abstimmungsergebnis und wirtschaftlichen Zusammenhängen gesprochen wurde — in Wirklichkeit doch lediglich von dem Gesichtspunkt machtpolitischer Interessen dieser beiden Länder behandelt worden. Es kann Deutschland nur erwünscht sein, wenn die Entscheidung über Oberschlesien, bei der es für das Reich um seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit geht, dieser Form der Verhandlung entzogen, wenn sie von einem objektiven, von eigenen Wünschen und Aspirationen weniger befangenen Forum gefällt wird.

Aufgabe des unparteiischen Forums des Völkerbundes kann und muß es sein, dem idealen Rechtsgedanken wirklich und zum erstenmal Geltung zu verschaffen. Die Zuteilung Oberschlesiens soll und darf nicht von dem Gesichtspunkte rivalisierender Machtinteressen fremder Staaten entschieden werden, sondern nach dem Willen der Bevölkerung, die das Land bewohnt und nach den wirtschaftlichen Zusammenhängen, die gegeben sind. Vor dem Völkerbund muß einzig und allein die Tatsache gelten, daß die Bevölkerung

Oberschlesiens sich mit einer Mehrheit von 6:4 für das Verbleiben des Landes bei Deutschland ausgesprochen hat, zu dem es auch wirtschaftlich und politisch seit Jahrhunderten gehört.

Aus einer rein politischen Machtfrage muß Oberschlesien eine Frage des Rechtes werden. Und diese Rechtsfrage muß vom Völkerbund mit der Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit eines Richters beantwortet werden. Zum ersten Male sieht sich der Völkerbund vor seine Mission gestellt: Schiedsrichter der Welt zu sein.

*

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird Ende dieser Woche zusammentreten. Der Tag ist noch nicht festgesetzt und wird erst zwischen dem Reichkanzler und dem Vorsitzenden des

Ausschusses Abg. Dr. Stresemann verabredet werden. Dem Auswärtigen Ausschuss werden Reichkanzler und Außenminister einen ausführlichen Bericht über die gesamte außenpolitische Situation, besonders aber über den Stand der oberschlesischen Frage erstatten. Der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses werden Besprechungen des Reichkanzlers mit den Parteiführern vorausgehen, zu denen die Einladungen bereits ergangen sind. Auch diese Besprechungen werden hauptsächlich der Information dienen. An eine vorzeitige Einberufung des Reichstages wird infolge des Beschlusses des Obersten Rates, die oberschlesische Frage dem Völkerbund zu unterbreiten, nicht gedacht.

Abg. Dr. Stresemann hat heute vormittag mit dem Reichskanzler konferiert.

Völkerbundrat am 22. August.

Tagung in Genf.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 15. August.

Die „Daily Mail“ veröffentlicht folgende Mitteilungen des Direktors des Informationsdienstes des Völkerbundes James Berkeley: Der Rat des Völkerbundes wird am 22. August in Genf tagen. Polen wird während der Verhandlung der oberschlesischen Frage einen Vertreter im Rate des Völkerbundes haben und Deutschland soll aufgefordert werden, während dieser Zeit zeitweilig Mitglied des Bundes zu werden und ebenfalls einen Vertreter in den Rat zu entsenden.

Die Note des Obersten Rates.

Der Oberste Rat hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am Sonnabend dem deutschen Geschäftsträger in Paris nachstehendes, von Briand gezeichnetes Schreiben mit Datum vom 13. übersandt:

„Herr Geschäftsträger!

In Anbetracht der Schwierigkeit, welche die Festlegung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung, welche ihm in dieser Hinsicht gemäß Art. 88 des Vertrages von Versailles obliegt, vertagt.

Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Gesinnung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überstürzte Lösung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Aufschub so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der internationalen Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abstimmungsgebiet zu fördern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden oder bewaffneten streng unterbindet.“

Die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen.

Nach der Meldung der Agence Havas haben die Beschlüsse des Obersten Rates über die Sanktionen folgenden Wortlaut:

1. Die militärischen Sanktionen werden aufrechterhalten.
2. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden aufgehoben. Ihre Aufhebung wird am 15. September in Kraft treten unter folgenden Bedingungen:

a) die fällige Zahlung vom 31. August (eine Milliarde Goldmark) wird von Deutschland völlig beglichen,

b) es wird eine alliierte Einrichtung ins Leben gerufen, um die Einfuhrbewilligungen für Erzeugnisse der alliierten Länder in dem besetzten Gebiete zu überwachen. Die Kommission in Koblenz wird ein Uebergangsregime einrichten, um die Zulassung der genannten Maßnahmen vorzubereiten.

Bezüglich der in Deutschland arbeitenden Kontrollkommissionen kam der Oberste Rat dahin überein, daß diese Kommissionen aufrechterhalten bleiben. In Uebereinstimmung mit dem Vorschlag des Marschalls Foch ist indessen ihr schrittweiser Abbau ins Auge gefaßt. Der Sitz der Luftkontrollkommission wird durch das alliierte Militärkomitee in Versailles festgesetzt werden.

Der Oberste Rat hat dann, bevor er sich trennte, auf den Vorschlag von Briand und mit warmer Billigung aller anderen Mitglieder des Rates folgende Tagesordnung angenommen:

„Bei Beendigung seiner Arbeiten legt der Oberste Rat Wert darauf, wiederum seinen Willen zu betonen, den engen Zusammenhang zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten.“

Polnische Beschwerden.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mb Warschau, 15. August.

Die polnische Öffentlichkeit ist mit den amtlichen politischen Stellen einmütig in der Enttäuschung über den Ausgang der Pariser Konferenz, wenn man auch nach Lage der Dinge Briand zumeist Beifall zollt, daß er den Bedingungen Lloyd Georges die Vertagung vorgezogen habe. Was letzteren Umstand betrifft, so ist die Einmütigkeit freilich keine völlige, denn Wirtschafts- und Finanzkreise halten vielfach selbst eine Polen unangünstige Entscheidung für besser als gar keine. Die polnische Regierung hat denn auch beschlossen, in einer neuen Note an die Großmächte gegen die Vertagung Beschwerde zu führen. Die Vertagung, so wird in der Note ausgeführt, muß weiteren ungeheuren und nicht zu ersetzenden Schäden stiften, und der Zustand der Ungewißheit ist für die Bevölkerung Oberschlesiens unerträglich. Diese Ungewißheit verhindert im polnischen Staat die innere Konsolidierung.

Die Rückblicke der Presse auf die Pariser Konferenz zeigen zumeist Niedergeschlagenheit. Man beklagt Amerikas Passivität und die Abwendung Italiens und Japans von Frankreich. „Kurjer Poranny“ tadelt auch die Verteidigung des polnisch-französischen Standpunktes durch Loucheur als nicht konsequent. Im Völkerbundrat erwartet man allgemein ein Vorwiegen englischer Einflüsse. Die Stimmung ist verdrossen mit einem Unterton von Resignation.

Pariser Unzufriedenheit.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 14. August.

In allen heutigen Morgenblättern kommt eine mehr oder weniger große Unzufriedenheit über den diesmaligen Verlauf der Verhandlungen des Obersten Rates deutlich zum Ausdruck. Am schärfsten drückt sich Bertinaz im „Echo de Paris“ aus, indem er schreibt: „Ein in seinen Bewegungen freieres Deutschland, eine unbeweglich gemachte und durch innere Streckigkeiten geschwächte Allianz; Das ist das Ergebnis des zu Ende gegangenen Obersten Rates.“ Im „Journal“ heißt es: „Keine der großen Fragen, die dem Obersten Rat vorgelegt wurden, ist gelöst worden. Die verantwortlichen Regierungschefs haben es für gut befunden, sich hinter dem Gutachten der unverantwortlichen Sachverständigen zu verstecken. Das ist ein ernstes Symptom.“

Vor seiner Abreise gewährte der italienische Ministerpräsident Bonomi dem außenpolitischen Mitarbeiter des „Petit Parisien“ Philippe Millet eine längere Unterredung, in der er u. a. ausführte: Meiner Auffassung nach wäre es ein großer Irrtum, die Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundrat als eine Niederlage für Frankreich anzusehen. In dieser Sache gibt es weder Sieger noch Besiegte. Gewiß wurde die von Frankreich vorgeschlagene Grenzführung für Oberschlesien nicht angenommen, doch ist zu bemerken, daß Frankreich auch ein doppeltes Zugeständnis gemacht worden ist, und zwar 1. daß das Urteil erst später festgestellt werden soll, und 2. daß die Frage einem neuen Gericht, dem Hofe unterbreitet werden soll, dem höchsten Gericht, das gefunden werden könnte, nämlich dem Völkerbundrat. In dieser Hinsicht ist es von Wichtigkeit, von vornherein jedes Mißverständnis zu zerstreuen. Es wird gesagt, daß die Meinung des Völkerbundrates im vornherein festgelegt sei, es werde die der britischen Delegation sein, der sich die Mehrheit des Obersten Rates angeschlossen hätte. Ich glaube, daß diese Vermutung unrichtig ist. Was die italienische Regierung betrifft, so hat sie die Absicht, ihrem Vertreter im Völkerbundrat die weitestgehende Freiheit zu lassen.